

3/98

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

September 1998



Wählen Sie!

«Alternatives» Internet

Seit Anfang Juli sind die Alternativen mit einer eigenen Website auf dem Internet. Die SGA hat einen voll ausgebauten Internet-Auftritt, der einen Besuch lohnt.

Es handelt sich dabei nicht einfach um einen Vorwahl-Gag, sondern um ein längerfristiges Projekt, das die ideale Diskussion und Vernetzung der rot-grünvioletten Kräfte erleichtern und vorantreiben helfen soll.

Grossen Wert legen wir

- auf einen farbigen und originellen Auftritt
- auf Informationen über unsere Leute und deren leichte Erreichbarkeit via E-Mail - die WahlkandidatInnen waren schon kurz nach der Nomination mit farbigen Fotos und ausführlichen Porträts "anzuklicken"
- auf aktuellste Informationen über die jeweiligen Kantonsrats- und GGR-Sitzungen - Diese Informationen werden - nach Datum sortiert - archiviert und sind leicht zugänglich.
- auf eine Link-Seite, welche aus dem unendlichen Angebot des Internet interessante Trouvaillen herausfischt und einen Ueberblick über lokale Netigkeiten geben soll

Und zudem exklusiv jeden Sonntag neu: IGOR, die philosophischen Ratten des besten Comic-Autorenpaars der Schweiz!



Besucht unsere Website!
www.sga-zug.ch

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----------|
| (Auto)mobil ins Baarer Zentrum | |
| Hinter den vier Geleisen | Seite 4 |
| Abstimmung | |
| Rentenalter senken, nicht erhöhen | Seite 6 |
| Filmkritik | |
| Krieg ist die Hölle | Seite 9 |
| Interview | |
| «Druck in die linke Mitte» | Seite 10 |
| Geheimcode MSM | |
| Was ist denn das? Männer, die Sex haben mit Männern! | Seite 15 |
| HERRMANN | |
| Ja zu S.V.P. - Ja zu mehr Anstand in der Politik | Seite 16 |
| Lorzestadt Zug | |
| «Öffentliche Diskussion ist dringlich!» | Seite 17 |
| Kantonsrat | |
| Zweifache Referendumsdrohung der Alternativen Fraktion | Seite 20 |
| Frontal | Seite 22 |

Impressum

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

SGA-Bulletin Nr. 3/98, September 1998; erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin

Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 4805, 6304 Zug; Tel. 711 86 33, E-Mail mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Layout: Markus Müller

Belichtung und Druck: ropress Zürich

Auflage: 1350

Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr. 4/98: Freitag, 4. Dez. 1998; Erscheinungsdatum Donnerstag, 17. Dez. 1998.

Ein Spital mit Shareholder value?

Ein «Fitnessstest für Spitäler»: unter diesem harmlos klingenden Titel hat der «Beobachter» einen Test über betriebswirtschaftliche und gesundheitspolitische Aspekte in Schweizer Spitälern publiziert. Zwei Dinge sind mir aufgefallen:

Erstens das Resultat der Zuger Spitäler:

- Zug, Zukunft intakt

- Baar und Cham, Zukunft offen.

Geht es nach dem Willen unserer Zuger Spitalplaner, soll aber genau das Kantonsspital Zug geschlossen werden - Kommentar überflüssig!

Zweitens werfen die Kriterien des Beobachter-Tests ein grelles Licht auf die vorherrschende Spital-Diskussion: Diese dreht sich unter dem Diktat der bürgerlichen Sparapostel mittlerweile fast ausschliesslich um wirtschaftliche Fragen. Einige Schlagworte dazu: Fallkostenpauschalen, Abgeltung nach Leistung, volle Privatisierung der Spitäler. Die Qualität von Medizin, Pflege und menschlicher Betreuung bleiben Nebensache - mit fatalen Folgen:

Hat ein öffentliches Spital zu rentieren, wird die Zahl der Bettenbelegung zu einem dominierenden Faktor. Mittlerweile führt der Zwang zu möglichst hohen Belegungszahlen dazu, dass Spitäler Patienten nicht mehr oder zu spät weiterweisen. Ein konkretes Beispiel: Patienten mit Brandverletzungen, die von einer hochspezialisierten Therapie abhängen.

Diese ökonomistische Sichtweise hat sich auch in der Zuger Spitalpolitik durchgesetzt. Am 27. August 1998 hat der Kantonsrat entschieden, aus einem öffentlich-rechtlichen Spital eine privatrechtliche Aktiengesellschaft (AG) zu machen. Der Regie-



rungsrat hatte aufgrund eines Gutachtens einen Managementvertrag vorgeschlagen. Eine gemeinsame Betriebsführung der Spitäler Zug und Baar mit dem Ziel der organisatorischen Optimierung wäre damit auf einfache und schnelle Art möglich gewesen. Auch Kompromissvorschläge der Alternativen Fraktion fanden kein Gehör.

Damit nicht genug: eine klare Kantonsratsmehrheit hat entschieden, dem Kanton und indirekt dem Volk die kapital- und stimmenmässige Mehrheit an der Betriebsgesellschaft vorzuenthalten. Damit würde eine absurde Situation entstehen: der Kanton hat zwar einerseits den Auftrag, die sozialen Aufgaben des Gesundheitswesens zu sichern, aber andererseits fast keine Einflussmöglichkeiten mehr!

Damit immer noch nicht genug: abgelehnt wurde auch unser Antrag, die bisherigen Anstellungsbedingungen des Spitalpersonals beizubehalten, bis die Verhandlungen zwischen Spitalträgerschaft und Personalverbänden für einen Ge-

samtarbeitsvertrag (GAV) abgeschlossen sind. Der Weg wäre so frei für ein Prozedere, das in St. Gallen für Aufruhr gesorgt hat: das Personal entlassen und zu schlechteren Konditionen wieder anstellen.

Zu guter Letzt hat die bürgerliche Ratsmehrheit dem Zuger Volk die Mitsprache zu diesem Gesetz entzogen - ein Gesetz notabene mit fatalen Folgen für die Zuger Spitalpolitik.

Warum aus einem öffentlich-rechtlichen Spital eine Aktiengesellschaft werden soll, leuchtet nicht ein. Eine AG ist gewinnorientiert. Bei einem Spital, das eine umfassende medizinische Versorgung der ganzen Bevölkerung gewährleisten muss, kann der finanzielle Gewinn kein Ziel sein. Im Gegensatz zu einem Privatspital müssen viele Aufgaben für die Allgemeinheit übernommen werden - z.B. ein teurer 24-Stunden-Notfallbetrieb oder die sehr aufwendigen Ausbildungen für Pflegepersonal und Ärzte. Im Gegensatz zu Privatspitälern können öffentliche Spitäler die kostenintensiven Hochrisikopatienten nicht wegweisen. Mit der Zulassung der gewinnorientierten, privaten St. Andreas-Klinik in Cham ist der erste wichtige Schritt hin zu einer Zwei-Klassen-Medizin leider schon getan worden. Das von den Alternativen initiierte Referendum gegen das neue Spitalgesetz ist die logische Konsequenz unserer Spitalpolitik, die sich von Anfang an klar gegen eine Zwei-Klassen-Medizin gerichtet hat. Ein Spital mit Shareholder value? Nein Danke!

■ Ruth Wyss, Intensiv-Krankenschwester, Kantonsrätin SGA

Hinter den vier Geleisen

Nach dem «Strasse-Fäscht» der Bahnhofkoller. Oder: wieso hat man in Baar Geld für Waldmannhalle und Bahnhofplätze, nicht aber für eine fussgängerinnenfreundliche Unterführung? Wenn Sie vor einem guten Monat Ihre an den Rollstuhl gebundene Tante vom Bahnhof Baar abholen wollten, um mit ihr das «Strasse-Fäscht» zur Einweihung des verkehrsberuhigten Zentrums zu feiern, dann haben Sie einmal mehr die Bahnhof-Unterführung verwünscht.

von Gisela Hürlimann

Vom Perron hinunter geht's dank der Rampe zu den Gleisen 3 und 4 noch flott. Aber an der Treppe führt Richtung Schalterhalle und Dorfzentrum kein Weg vorbei – ausser jenem malerischen Spaziergang linkerhand, der zur Besichtigung von Blindenschule und Rudolf-Steiner-Schule einlädt. Oder man macht sich nach rechts Richtung Neugasse auf, passiert die neue Bahnhof-Park-Überbauung und stockt vor einer Treppe, wo bisher keine war. Dann halt um die Metzgerei Heinzer herum. Jetzt endlich sind Sie mit dem Rollstuhl auf der Zielgeraden auf dem Neugasse-Trottoir, unterqueren die neue Eisenbahnbrücke und dürfen sich am neuen Lichtsignal entscheiden, ob Sie nach rechts, also hinauf zum Bahnhof, von dem sie ursprünglich wenige Meter getrennt hätten, abbiegen sollen, oder ob Sie die Strasse überqueren Richtung Kreuzplatz. Dann allerdings stehen Sie erneut vor einer Treppe im potemkinschen Stil. Weniger, weil sie an jene berühmte in Eisensteins Revolutionsepos erinnerte, als vielmehr, weil sie schlicht niemand benutzt. Da wäre mit einem durchgehenden Trottoir auch auf der rechten Seite mehr gedient gewesen, das aber trotz (oder wegen) der Strassenverbreiterung nicht drin lag.

Wo bitte ist das Zentrum?

Wenn man endlich auf der Dorfstrasse gelandet ist, geht's dann doch mehrheitlich rollstuhl- und kinderwagengängig vorwärts mit genü-

gend Platz fürs Fussvolk. Ob die neue, zwecks Verkehrsberuhigung verengte Fahrbahn denn velofreundlich ist, wird sich weisen. Die Belebung des Dorfkerns durch einkaufsfreudige PassantInnen und VelofahrerInnen wird umso nötiger, wenn der Coop dereinst am neuen Standort «Gotthard» vis-à-vis Bahnhof einzieht und im eigentlichen «Dorf» eine Lücke hinterlässt.

Restaurants und eine Bar sollen das Gebiet rund um den Bahnhof beleben und wie der Coop davon profitieren, dass der Bahnhofplatz auch mit öffentlichem, Rad- und Fussgängerverkehr gut erschlossen wird. Wird er das wirklich? Die einzigen Verkehrsteilnehmer, die sich ob aktuellen Verbesserungen freuen können, sind einmal mehr die autofah-

renden: Für sie wird momentan eine öffentliche Tiefgarage gebaut, deren Bau der Käufer der Gotthard-Parzellen – der Alcor-Unternehmer und «Sanierer» der ostdeutschen Märkischen Faser AG Günter Zobel – der Gemeinde Baar schenkt. Dafür kann er im Baurecht die Parkierungsgebühren abkassieren.

Kein Geld für Rampe...

Die Gemeinde hatte städtebauliche Visionen, die man rund um den Bahnhof verwirklichen wollte und teilte das Richtplangebiet in drei Bebauungspläne auf, von denen der Plan «Altersheim» grösstenteils realisiert ist und die Gotthard-Überbauung (endlich oder leider) begonnen wird. Einzig der Bebauungsplan



Tiefgaragen statt Personenrampe beim Bahnhof Baar.

Bild Brigitte Weiss

«Bahnhof» wurde bis vor kurzem mangels Interesse seitens der SBB schubladisiert. Dabei hatte der Gemeinderat bereits 1991 mit enthusiastischen Versprechungen um Zustimmung zum Bebauungsplan «Gotthard» nachgesucht: Ein «reibungsloses Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer» mit Priorität für «1. Fussgänger, 2. Velos, 3. Bus» wurde damals garantiert... Von den versprochenen Radwegen ist jener von der Asylstrasse bis zum Bahnhof zwar teilrealisiert worden. Und auch die Veloabstellplätze auf der Bahnhofseite hat man erweitert. War auch bitter nötig: Auf der Bahnmatt-Seite jenseits der vier Geleise stauen sich die Velos der PendlerInnen regelmässig in der Unterführung, weil es hier viel zuwenig Abstellfläche gibt.

Aber es wird ja bald besser: Mit dem neu zu gestaltenden «Bahnhofplatz Nord» soll ein attraktives Pendant zum «verkehrsbezogenen Bahnhofplatz Süd» geschaffen werden. Das wird ein Flanieren und Verweilen auf dem über Fr. 900'000 teuren, mit «grosszügigen Elementen» ausgestatteten Platz hinter dem Bahndamm.

...aber viele neue Pläne

Ein Telefonat mit dem Leiter der Baarer Bauabteilung Urs Spillmann ergibt, dass momentan planerischer Hochbetrieb auf dem Bahnhof-Areal herrscht. Das sieht man ja an der Arealbebauung auf der Bahnmatt West, die ausgesteckt ist, oder? Die Aufträge für die Platzgestaltung beidseits des Bahndamms sind auch vergeben: vor dem Bahnhofgebäude kommen neue Buserminals hin. Zobel Tiefgarage ist auch bald fertig. Und tatsächlich liegt seit dem 31. August sogar ein Bebauungsplan «Bahnhof» auf! Die SBB will zwar noch immer nicht bauen, doch ob all



Das erste Hindernis für Nicht-FussgängerInnen Richtung Zentrum

Bild Brigitte Weiss

der Privatinitiative, mit der rundum gebaggert wird, kommt auch der Gemeinderat in Fahrt und legt nun einen Plan voller Möglichkeiten vor, der folgende Interpretation zulässt: Man will mit den von Privaten geschaffenen Fakten klarkommen, ohne weiteren potentiellen Privatinvestoren oder der lustlosen SBB die Zukunft zu verbauen.

Deshalb muss alles flexibel sein: Ob der vorgesehene viergeschossige Neubau des Bahnhofgebäudes kommt oder nicht, die Rundumgestaltung mit bedachten Warteräumen, WC und Imbissmöglichkeiten muss die Möglichkeit dafür bieten. Perronkanten für eine mögliche Stadtbahn-Haltestelle werden für Gleis 1 und Gleis 2 berechnet. Möglich auch, dass unters Bahnhofgebäude eine dritte Tiefgarage kommt, nachdem die ersten 50 Parkplätze bald stehen und weitere im Bereich des alten Postgebäudes, das definitiv den Warteräumen weichen muss, geplant sind. Aus lufthygienischen

Gründen sollen in den drei möglichen Tiefgaragen insgesamt «nur» hundert Auto-Abstellplätze erstellt werden, deren «Bewirtschaftung Umweltbelange berücksichtigen» soll. Schlaumeierischer Umweltschutz: sind doch für die Überbauung Gotthard zusätzliche 190 unterirdische Parkplätze vorgesehen. Zusammen ergibt das also doch wieder 290 Parkplätze ohne die zusätzlichen Kurzzeit-Parkplätze beim Altersheim und natürlich auch ohne die Pendler-Parkplätze hinter den Gleisen. Wer stört sich denn da noch am verkehrsberuhigten Zentrum: mit dem Auto geht's flott in die Tiefgaragen, eingekauft wird foodmässig im neuen Coop Super-Center und für den Nonfood-Bereich geht's wieder mit dem Auto in die ehemalige Spinnerei, wo in Zukunft dank weiteren circa 500 Parkplätzen bequem Grosseinkäufe auf den geplanten 4000 Quadratmetern Ladenflächen getätigt werden können.

Ob die Kreiselrampe beim Bahnhof, die das Altersheim Bahnmatt, das kinderreiche Pilatusstrasse-Quartier und Blickensdorf mit dem Zentrum verbunden hätte, definitiv beerdigt wurde, wollte ich von Urs Spillmann noch wissen. Seine Antwort entsprach der optional-flexiblen Qualität des aktuellen Berichts zum «BP Bahnhof»: Man wolle sich die Möglichkeit offenhalten, momentan gehe es aber aus finanziellen Gründen nicht. Neckischerweise ist die Rampe in den Planskizzen des Berichts noch eingezeichnet, nicht (mehr) aber im separaten Bebauungsplan. Aber bis dieser Plan realisiert wird, geht noch viel Wasser die Lorze hinab, und vielleicht ist bis dahin der Kiosk ja amortisiert und also wieder abbruchreif. Womit kein bauliches Hindernis für eine gute Personenunterführung mehr da wäre. Aber eventuell immer noch ein mentales. ■

Rentenalter senken, nicht erhöhen

1995 wurde über die 10. AHV-Revision abgestimmt. Die Gewerkschaften hatten dagegen das Referendum ergriffen. Die Revision brachte Verbesserungen gekoppelt mit einer Verschlechterung: Das Rentenalter der Frauen wurde von 62 auf 64 Jahre erhöht. Um diesen Fehlentscheid zu korrigieren, lancierten die Gewerkschaften die sogenannte Auffang-Initiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters», über die am 27. September abgestimmt wird.

Von Bruno Bollinger, Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes

Es ist nicht zufällig, dass die AHV 1948 zu einem Zeitpunkt eingeführt wurde, als auf politischer Ebene die Sozialdemokratie in den Bundesrat integriert und in fast allen Gesamtarbeitsverträgen die Friedenspflicht eingebaut wurde. Die Versicherung verkörperte aber auch einen Pakt der Solidarität zwischen den Jungen und den Alten. Die AHV wird in zweifacher Hinsicht sozial finanziert: Die Beiträge werden prozentual auf das Einkommen bezogen berechnet. Und zwar ohne Beschränkung nach oben wie bei der Arbeitslosenversicherung, wo ab 8'000 Franken Monatseinkommen die Beiträge gleich hoch bleiben. Obwohl die Lohnprozente in einigen Abstimmungskampagnen als Negativfaktor dargestellt wurden, sind sie immer noch die sozialere Form der Finanzierung der Sozialleistungen. Die unsozialste ist die Kopfprämie, wie sie heute bei den Krankenkassen üblich ist, wo die Superreichen die gleichen Prämien bezahlen wie eine Arbeiterfamilie.

Die AHV wird aber nicht nur durch Beiträge finanziert, sondern auch mit Steuergeldern (Bundessubventionen). Somit symbolisiert die AHV auch jene Umverteilungsfunktion des Staates, welche die Grundlage des Sozialstaates bildet: Die Reichen bezahlen mehr Steuern. Sie profitieren von den staatlichen Leistungen jedoch nicht mehr als die anderen, so dass eine Umverteilung des Reichtums zugunsten der Ärmern stattfindet. Auf dieser Ebene hat

in den letzten Jahren mit der Streichung der Bundessubventionen an die AHV und besonders von jenen an die Krankenkassen eine massive Umverteilung zugunsten der Reichen stattgefunden.

Existenzsichernde Renten

Laut Bundesverfassung muss die AHV eine existenzsichernde Rente garantieren, was bis heute nicht realisiert worden ist. Die Minimalrente beträgt 995 Franken im Monat, die Maximalrente 1990 Franken. Eine grosse Auseinandersetzung fand diesbezüglich anfangs der siebziger Jahre statt, als die Partei der Arbeit eine Initiative für eine Volkspension einreichte, die eine existenzsichernde Rente schaffen wollte. Die bürgerlichen Parteien schlugen dagegen, tatkräftig von den Privatversicherungen unterstützt, das 3. Säulen-Prinzip vor, worin die AHV die erste Säule, die berufliche Vorsorge (Pensionskassen, Rentenkassen) die zweite Säule und das private Sparen die dritte Säule darstellt. In einer heftigen Abstimmung, in der sich die SP und die Gewerkschaften fatalerweise auch für das 3. Säulen-Prinzip aussprachen, wurde diese Vorlage vom Volk angenommen.

In der Privatwirtschaft waren schon vor der Abstimmung betriebliche Rentenkassen geschaffen worden. Eine der ersten Firmen, die dies tat, war die Landis & Gyr unter der Führung von A. C. Brunner, der damit sein Konzept der stärkeren Bin-

dung der MitarbeiterInnen an den Betrieb zu realisieren begann. Der Unterschied zwischen der AHV und der Rentenkasse ist grundsätzlicher Art. Die AHV funktioniert nach dem Umlageverfahren; das bedeutet: was heute die Aktiven bezahlen, kommt sofort den jetzigen RentnerInnen zugute, was dem Prinzip der Solidarität entspricht. Bei der beruflichen Vorsorge hingegen, die nach dem Kapitaldeckungsverfahren funktioniert, bezahlen alle für sich selber ein. Damit werden grosse Mengen an Kapital geäufnet, das möglichst rentabel eingesetzt werden muss. Die Pensionskassen gehören heute zu den grössten Immobilienbesitzerinnen, so dass dieselben Arbeitenden hohe Mieten bezahlen, um ihre eigene Rente zu rentabilisieren.

Rentenalter senken, nicht erhöhen

1948 wurde das Rentenalter für beide Geschlechter auf 65 Jahre festgesetzt. Zwar hatten im Vorfeld Diskussionen darüber stattgefunden, ob das Frauenrentenalter nicht tiefer zu sein habe; die Idee wurde aus Spargründen allerdings fallengelassen. Erst 1955 wurde das Frauenrentenalter auf 63 Jahre gesenkt. Die Begründung war die «physiologische Schwäche» der Frauen. 1963 wurde das Frauenrentenalter für erwerbstätige Frauen auf 62 Jahre gesenkt; für die Ehefrauen blieb es bei 60 Jahren, wenn der Mann 65 Jahre alt war. Die Senkung war diesmal von den Frauenorganisationen verlangt worden, um einerseits die un-



gleiche Behandlung zwischen den verheirateten nichterwerbstätigen und den erwerbstätigen Frauen aufzuheben, andererseits aber auch um die Chancengleichheit der Geschlechter zu realisieren, und dazu gehörte die Berücksichtigung unterschiedlicher Pensionierungsbedürfnisse. Erst 1978 mit der 9. AHV-Revision wurde dann das Rentenalter 62 für alle Frauen eingeführt. Dies nicht aus Einsicht in die Ungleichbehandlung, sondern als willkommene Sparmöglichkeit.

So wurde eigentlich 1978 mit der Erhöhung des Frauenrentenalters begonnen. 1994 wurde dann mit der 10. AHV-Revision auf 64 erhöht. Mit der 11. AHV-Revision wird nun eine weitere Erhöhung auf 65 Jahre vorgeschlagen. Rechte PolitikerInnen fordern schon seit langem eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre für Männer und Frauen. Es ist

also deutlich, in welche Richtung der Abbau der AHV gehen soll. Eine Gelegenheit, um diese unheilvolle Entwicklung zu stoppen, bietet nun die Auffang-Initiative, die am 27. September zur Abstimmung kommt. Es geht nicht darum, ein unterschiedliches Rentenalter für Frauen und Männer zu zementieren. Gleiches Rentenalter soll aber erst realisiert werden, wenn die Frauen nicht mehr benachteiligt werden. Das zukünftige Rentenalter muss flexibel sein und eine Frühpensionierung für alle Männer und Frauen ermöglichen. Die Initiative ist notwendig, damit Frauen nicht noch schlechter gestellt werden als heute. Solange die Frauen gerade auch bei der Altersvorsorge benachteiligt sind (niedrigere Löhne bedeuten tiefere Renten; viele Frauen haben keine oder nur niedrige Leistungen der Pensionskassen), darf ihr Rentenalter nicht erhöht werden. Zudem kann ein Sig-

nal gegen die Erhöhung des Rentenalters der Männer gesetzt werden.

Rentenalter-Realität

Das Alter, in welchem die Menschen ihre Erwerbstätigkeit aufgeben, liegt heute um einiges tiefer als das gesetzliche AHV-Alter. Jeder fünfte Mann über 60 bezieht heute eine Invalidenrente. Bei den 62jährigen und älteren Männern sind es 32%, also mehr als 3 von 10 Männern sind nicht mehr erwerbstätig. Bei den 63jährigen und älteren Männern sind es 39%, also 2 von 5 Männern. Immer mehr Menschen treten also in den Ruhestand, bevor sie das offizielle AHV-Alter erreicht haben.

Dafür verantwortlich ist, neben den individuellen Wünschen der älteren Arbeitenden, die schlechte Wirtschaftslage. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit werden viele ältere Men-

ABSTIMMUNG

schen entlassen oder frühpensioniert. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die Pensionskassen. Wer in einer guten Pensionskasse ist, kann es sich leisten, früher zu gehen. Das reale Pensionsalter beträgt in manchen Fällen 58 oder gar 57 Jahre. Arbeitsplatzabbau erfolgt vielfach durch frühzeitige Pensionierung. Eine Erhöhung des Rentenalters entspricht also gar nicht den Bedürfnissen der Unternehmungen. Wer seine Stelle verliert und sich eine Frühpensionierung nicht leisten kann, hat aber nichts zu lachen. Es folgt ein entwürdigender Abstieg in die Arbeitslosigkeit, die Invalidität oder die Fürsorge. Menschen über 55, geschweige denn solche über 60 oder 62, haben praktisch keine Chance mehr, eine neue Stelle zu finden.

Eine zukunftsorientierte Ausgestaltung des Rentenalters heisst für die Gewerkschaften, die Ruhestandsrente zu fordern, so wie sie in der Volksinitiative «für eine Flexibilisierung der AHV - gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen» von SKV und VSA (Kaufmännischer Verband und Angestelltenverbände) formuliert ist. Rente à la carte oder Ruhestandsrente für Männer und Frauen bedeutet eine ungekürzte AHV-Rente ab 62, wenn die Erwerbstätigkeit aufgegeben wird oder das Erwerbseinkommen nicht mehr als Fr. 17'910.- beträgt. Eine Teilrente erhält, wer die der Erwerbstätigkeit teilweise aufgibt. Dabei ist es auch wichtig, dass das Rentenalter in der beruflichen Vorsorge mit dem AHV-Rentenalter koordiniert wird. In eine ähnliche Richtung geht die erste der beiden Tandem-Initiativen der Grünen Partei «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frauen und Männer». Der Bundesrat hat in seiner Botschaft vom letzten März beide Initiativen mit Hinweis auf die laufende 11. AHV-Revision und aus finanziellen Erwä-



Höheres AHV-Alter: Die einen schaffen länger, die anderen werden ausrangiert
Bild Brigitte Weiss

gungen zur Ablehnung empfohlen.

Finanzierungsprobleme bei der AHV?

Die in der 10. AHV-Revision beschlossene Erhöhung des Frauenrentenalters führt zwar zu Einsparungen bei der AHV. Gleichzeitig verursacht sie aber auch grosse Mehrkosten in der Arbeitslosenversicherung, in der Invalidenversicherung und in anderen Sozialversicherungen. Der Gewerkschaftsbund hat berechnet, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters über 21'000 zusätzliche Arbeitslose bringt. Per saldo kostet sie sogar mehr als das heutige Frauenrentenalter 62.

Für das Defizit und die roten Zahlen bei der AHV sind die schlechte Wirtschaftslage und die Sparpolitik des Bundes verantwortlich. Die Finanzierung der AHV steht auf bewährten, sicheren und zukunftstauglichen Grundlagen. Die Löcher, wel-

che die Wirtschaftskrise der letzten Jahre im AHV-Ausgleichsfonds verursacht hat, müssen aber durch zusätzliche Mittel gestopft werden. Eine erste Massnahme ist bereits getroffen worden, nämlich die für 1999 beschlossene Einführung eines zusätzlichen Mehrwertsteuerprozents zugunsten von AHV und IV. Die Gewerkschaften verlangen die Erhebung eines zweiten zusätzlichen Prozents und die Anhebung des Beitragsatzes der Selbstständigerwerbenden (heute nur 7,8%) an denjenigen der Arbeitenden (8,4%).

Arbeitgeber und bürgerliche PolitikerInnen behaupten unablässig, die AHV werde bald ruiniert. Sie tun dies, mit kurzen Unterbrüchen, seit mehr als 50 Jahren! Schon 1948 wurde prophezeit, nach 20 Jahren werde die AHV wegen der demographischen Entwicklung zusammenbrechen. Das Rezept hat sich seit den vierziger Jahren nicht geändert: Man behauptet, dass sich die Schweiz nie mehr von der momentanen schlechten wirtschaftlichen Lage erholen wird. Auf dem Hintergrund so geschrumpfter AHV-Einnahmen wirken die Konsequenzen der demographischen Entwicklung, wie wir sie in 35 Jahren haben werden, auf die AHV-Ausgaben besonders krass. Damit lassen sich Defizite von mehreren Milliarden jährlich heraufbeschwören. Mit diesen, auf sehr unsicheren Annahmen beruhenden Zahlen für eine ferne Zukunft begründet man den Abbau bei den heutigen Leistungen. Das ist Angstmacherei. Die Resultate dieser Angstmacherei: Es gibt bereits Menschen, die befürchten, ihre AHV-Rente nicht mehr zu erhalten.

Ein Ja zur Auffang-Initiative bedeutet zuerst einmal, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 64 Jahre wieder rückgängig gemacht wird, ist aber auch ein deutliches Signal in Richtung flexibles Rentenalter für Frauen und Männer. ■

Krieg ist die Hölle

Wieder lud der Schweizerische Filmverleihverband zur «Trade Show» ein, die parallel zum Filmfestival von Locarno durchgeführt wird. Ein hirnerschütterndes Experiment, bei dem ich mir 15 Filme und mindestens 60 Trailer in weniger als 90 Stunden zu Gemüte führen konnte. Kurz darauf hatte ich die Gelegenheit, den neuen Film von Steven Spielberg zu sehen - und Locarno war vergessen...

von Thomas Ulrich

«Saving Private Ryan» ist die Art Kriegsgeschichte, die die Väter nie ihren Familien erzählen. Spielbergs Film ist ein realistisches und blutiges Porträt eines Krieges und ein Drama über eine handvoll Männer, die einen fragwürdigen Auftrag zu einem Zeitpunkt erhalten, in dem der Krieg entschieden wird.

Landung in der Normandie

Nach einem kurzen Prolog springt der Film zum 6. Juni 1944. Der längste Tag steht bevor, und wir sind in einem Boot, das bald die ersten Soldaten am Strand abladen wird. Noch bevor die meisten von ihnen auch nur drei Schritte machen können, werden sie schon vom feindlichen Kugelhagel niedergemäht. Es waltet ein unbeschreibliches Chaos von Angst, Terror und Konfusion, wobei es von zerfetzten Leichen und stöhnenden Verwundeten nur so wimmelt. Da werden kurze Blicke auf herausquellende Gedärme, abgerissene Gliedmassen, brennende Körper, grässliche Schusswunden, erbärmlich Ertrinkende und einen zum Torso reduzierten Kämpfer erfasst. Tom Hanks Trupp überlebt das Gemetzel und erhält kurz darauf die von der Mehrzahl in Frage gestellte Mission, den Fallschirmjäger James Ryan zu finden. Er soll das Recht erhalten, nach Hause zurückzukehren, da seine drei Brüder bereits gefallen sind.

Ab diesem Zeitpunkt benutzt Drehbuchschreiber Robert Rodat ein paar dramaturgische Elemente, die bei einer genaueren Analyse un-

glaubwürdig erscheinen. Da ist zum Beispiel der scheue Übersetzer, der die Mission sicher nicht durchgestanden hätte und dann am Schluss noch «einen drauf» gibt. Oder der Nazi, den Captain Miller (Hanks) mit fataler und allzu zufälliger Konsequenz laufen lässt. Auch die ruhige Szene in der Kirche, wo die Männer über den Sinn der Mission diskutieren, ist ein Pseudoversuch, noch etwas verbale Tiefgründigkeit in den Film zu bringen.

Einfach Krieg

All diese Kritik ist jedoch Haarspalterei, denn Spielberg legt das ganze Gewicht auf die physischen Szenen und die Visualisierung des Krieges - und das ist Kommentar genug. Was immer es über diesen Film zu sagen gibt, unvergesslich bleiben einem die Angst, der Sound der Munition, die in Fleisch oder Metall dringt, die Ansicht von Körpern, die zerrissen werden, das Leiden und die unglaubliche Spannung, die so ausgelöst wird. Die Eröffnungsszene von der Landung in der Normandie alleine dauert 24 Minuten und jede davon ist intensiver als irgend etwas aus dem (bisherigen) Standardwerk des D-Day: «The Longest Day». Alles wird aus der Sicht des Soldaten gezeigt, es gibt keine Hintergrundmusik und gefilmt wurde mit einer verwackelten Handkamera im Stile von authentischer Kriegsberichterstattung. Zusätzlich wird der so erreichte düster-deprimierende Effekt von entfärbten Aufnahmen unterstrichen, bei denen schmutziges Grau und Grün do-

minieren und so das Rot des Blutes kontrastieren.

Spielberg und sein Kameramann Janusz Kaminski haben erstklassige und innovative Arbeit geleistet und einige unvergessliche Aufnahmen eingefangen. Überhaupt wirkt die ganze Produktion, die Kostüme und das Ambiente authentisch.

Hanks zeigt wieder einmal wie gut er ist. Seine Figur versteckt fast alles Persönliche vor den anderen Männern und den Zuschauern. Die anderen aus seiner Truppe haben alle ihre Momente und machen das Beste daraus.

Spielberg hat einen kompromisslosen Film mit einer einfachen Botschaft gemacht, der es verdient, von jedem Menschen gesehen zu werden - eigentlich sollte dies sogar Pflicht sein. Einer der besten Filme, den ich

«Saving Private Ryan»

Regie, Produktion: Steven Spielberg

Drehbuch: Robert Rodat

Kamera: Janusz Kaminski

Darsteller: Tom Hanks (Capt. John Miller), Edward Burns (Pvt. Reiben), Tom Sizemore (Sgt. Horvath), Matt Damon (Pvt. James Ryan) uva.

USA 1998; Flat; Dolby Digital, DTS, SDDS; 169min.

Verleih: UIP

Start Deutschschweiz: 23.10.98

«Druck in die linke Mitte»

Hanspeter Uster, 40, verheiratet, zwei Kinder, Rechtsanwalt, seit 1991 als Justiz- und Polizeidirektor im Zuger Regierungsrat. Auf der gemeinsamen Liste SP, SGA und Alternative kandidiert er zum dritten Mal für das Amt. Während seine Erstwahl vor 8 Jahren noch eine Sensation war, ist heute die Zuger Politlandschaft ohne «Chnuschpi» kaum mehr vorstellbar. Das Bulletin hat ihm auf den Zahn gefühlt.

Das Interview führte Martin Stuber am 31. August 1998

Bulletin: Du bist jetzt bald acht Jahre Regierungsrat, hast inzwischen graue Haare bekommen - noch nicht amtsmüde?

Hanspeter Uster: Obwohl sich einiges natürlich zu wiederholen beginnt, gefällt es mir immer noch sehr gut. Ich habe in meiner Direktion einiges auf die Schiene bringen können, das ich gerne beenden möchte. Zudem schafft eine gewisse Routine auch Freiräume für neue Aufgaben, insbesondere auch im interkantonalen Bereich. So bin ich Präsident des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz und verantwortlich für das gesamtschweizerische Projekt einer Fachhochschule Wirtschaftskriminalistik.

Bulletin: Nach acht Jahren Regierungsrat Uster und Alternative Fraktion: wie ist die Bilanz, die Du ziehst?

Hanspeter Uster: Der Kantonsrat ist ohne die Alternative Fraktion nicht mehr denkbar, denn sie vertritt in den wichtigen Fragen Finanzen und Steuerpolitik, Soziales, Gesundheit, Gleichstellung von Frau und Mann sowie Umwelt ihre Position sehr aktiv und offensiv. Nur dank unserer Fraktion ist auch die ganze Frage der Kapitalgewinn- und Erbschaftssteuern im Kantonsrat überhaupt ein Thema gewesen. Es braucht diese linke Kraft neben der SP unbedingt, denn in letzter Zeit hat die Alternative Fraktion mehrmals klassische sozialdemokratische Themen als einzige im Rat oder in den Kommissionen (ich denke da an die Spi-



«Die Belastung war in der Tat im letzten Jahr ausserordentlich hoch (...) aber ich habe über die Sommerferien intensiv nachgedacht und setze bereits jetzt einige Prioritäten anders.»

Bild Kathrin Staubli

tal- oder Steuerpolitik oder an die erste Lesung des Planungs- und Baugesetzes) zur Sprache gebracht. Und nur dank ihr gibt es heute eine Rentenregelung für die Regierungsräte, die nicht mit exorbitant hohen Kosten für den Kanton verbunden ist und keine fürstlichen Renten für austretende Regierungsräte mehr zur Folge hat.

Bulletin: Und Deine eigene Bilanz?

Hanspeter Uster: Was für die Alternative Fraktion gilt, lässt sich wohl auch vom Regierungsrat sagen - obwohl bei der eigenen Arbeit natürlich immer die Gefahr besteht, sich

selber zu loben. Ich glaube aber, dass ich eine rechtsstaatlich wie menschlich korrekte Asyl- und Ausländerpolitik in unserem Kanton verankern konnte. Mit der Reorganisation der Kantonspolizei seit meinem Amtsbeginn steht dieser wichtige Bereich als Dienstleistungsbetrieb für die gesamte Bevölkerung mit vollen Kräften zur Verfügung. Auch habe ich die Frage Kapo/Stapo als erster Justiz- und Polizeidirektor überhaupt thematisiert. Ohne meinen Antrag im Regierungsrat gäbe es heute die erleichterte Einbürgerung für AusländerInnen der zweiten Generation nicht. Schliesslich ist mit meiner Gesetzesvorlage das Gastgewerbe liberalisiert. Es ist jetzt an den Gemeinden und vor allem an der Stadt, diese Liberalisierung konkret umzusetzen.

Bulletin: Aber die Sache mit der Fusion von Kantons- und Stadtpolizei ist ja nicht gerade gut gelaufen. Die Neue ZZ hat im Interview mit dem Zuger Polizeichef Christen gemeint, dass Du für ihn - unfreiwillig! - Wahlhilfe betrieben hättest.

Hanspeter Uster: Tja, das ist so. Für mich entscheidend ist aber das Resultat. Die wichtigen Fragen sind jetzt auf dem Tisch. Mit Iwan Rickenbacher als «Vermittler» ist jetzt ein interessanter Prozess in Gang gekommen. Unsere Vorlage war in sich kohärent, aber die emotionale und kommunikative Ebene habe ich sicher unterschätzt.

Bulletin: Das Argument mit dem

INTERVIEW

Synergieeffekt und dem Umverteilen der Ressourcen zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität ist erst spät gekommen...

Hanspeter Uster: Ja, in der Öffentlichkeit. Intern war es immer ein wichtiger Punkt.

Bulletin: In der Verkehrspolitik scheint das Umdenken nun doch konkrete Formen anzunehmen. Woher dieser erfreuliche Umschwung?

Hanspeter Uster: Seit Jahren werden die Chancen der Umfahrungen Zug-Baar (UZB) von allen politischen Kreisen als sehr gering eingestuft. Als Ursache für die Weiterführung dieses Prozesses weg von der UZB stehen neben der intensiven politischen Arbeit insbesondere auch der SGA zwei Projekte im Vordergrund: das Mitwirkungsverfahren in der Stadt Zug sowie die Stadtbahn.

Bulletin: Wie gross ist denn Dein Einfluss in der regierungsrätlichen Verkehrsdelegation?

Hanspeter Uster: Im Moment geht es jetzt um eine Auslegeordnung im Hinblick auf den Verkehrsrichtplan, der entscheidend für die Zuger Verkehrspolitik sein wird. Für mich ganz wesentlich ist dabei auch das Baugesetz und die Richtplanung, denn meines Erachtens muss alles eingezonte Land mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar sein. Um die eigentliche Wurst UZB ist es jedoch in der Delegation, die aus dem Baudirektor, dem Volkswirtschaftsdirektor und mir besteht, bisher noch nicht gegangen.

Bulletin: Zurück zu den Wahlen: Mit der denkbaren Abwahl eines FDP-Regierungsmitgliedes, dem Rücktritt von Urs Birchler und einer möglichen Wahl eines SVPlers könnte sich die Frage der Departementsverteilung stellen. Hast Du Lust auf ei-

nen Wechsel?

Hanspeter Uster: Im Moment sind in meiner Direktion so viele Projekte in Bearbeitung, dass ich - wenn immer möglich - nicht wechseln will.

Bulletin: Auch nicht, wenn sonst z.B. SVP-Uttinger Baudirektor würde?

Hanspeter Uster: Ob es besser ist, wenn er oder Flachsmann Justiz- und Polizeidirektor wird, bezweifle ich, zumal in dieser Direktion die von der SVP sehr populistisch thematisierte Sicherheitsfrage konkret umgesetzt wird. Dann könnten sie die Politik der Zürcher SVP 1:1 kopieren.



«Der Kantonsrat ist ohne die Alternative Fraktion nicht mehr denkbar.»

Bild Martin Stuber

Bulletin: Wie zu erwarten, versucht die SVP die Ausländerfeindlichkeit in einem Teil der Bevölkerung auszuschlachten. Im Kanton Zürich führt eine SVP-Frau das entsprechende Departement. Wie ist die Zuger Praxis und Situation im Vergleich zu Zürich?

Hanspeter Uster: Auch wenn das Bundesrecht sehr viele enge rechtliche Vorgaben setzt, gibt es einen Ermessensspielraum, der bei uns zu-

gunsten der Betroffenen grosszügig gehandhabt wird. Letztes Beispiel dafür ist unsere Praxis bei den Bosnierinnen und Bosniern, und zwar nicht nur bei den Jugendlichen in Ausbildung. Trotz der dauernden Verschärfungen des Bundesrechts und der von rechts angeheizten Stimmung zeigt der Kanton Zug, dass eine anständige Politik auch im Ausländer- und Asylbereich weiterhin möglich ist, wenn man das will und konkret umsetzt.

Bulletin: Angesichts der scharfen Haltung des Bundes und der entsprechenden Vorgaben: heisst das nicht, dass Du den ausländerfeindlichen Stimmungen zu stark entgegengekommen bist? Wie würde denn ein Regierungsrat Flachsmann agieren?

Hanspeter Uster: Ich hoffe nicht, dass ich das erleben muss. Zur andern Frage: Es wäre falsch, wenn wir vor der Frage der Ausländerkriminalität die Augen verschliessen würden. Es ist aber in die entsprechenden Relationen zu setzen. Daneben muss das Recht der Asylsuchenden und der Ausländerinnen und Ausländer auf ein menschlich und rechtlich korrektes Verfahren unbedingt verteidigt werden, und es sind auch über den Vollzug hinaus integrationspolitische Zeichen notwendig.

Bulletin: Heisst das, dass Du den «Meinungsumschwung» zugunsten einer schärferen Bekämpfung der Ausländerkriminalität mitmachst?

Hanspeter Uster: Ja, denn ich sehe keine Gründe, straffällige AusländerInnen milder zu behandeln. Wichtig ist aber, dass man nicht die Relation verliert, dass es sich also um eine kleine Minderheit handelt. Und ich weise immer darauf hin, dass die Kriminalität am höchsten ist bei Männern zwischen 18 und 40 Jahren, ob Schweizer oder Ausländer.

Und die hier anwesenden Ausländer stammen in sehr grosser Zahl genau aus diesem Segment.

Bulletin: Wie man hört, ist die Personalfuktuation im Kantonalen Amt für Ausländerfragen relativ hoch. Steht das im Zusammenhang mit dem enormen Druck von aussen?

Hanspeter Uster: Ja, denn sehr oft müssen sie Entscheide fällen, auf die die Betroffenen, aber auch ihre Arbeitgeber teils sehr heftig reagieren. Auf die Dauer ist das neben der Arbeitsbelastung schwer auszuhalten.



«Ich glaube, dass ich eine rechtsstaatlich wie menschlich korrekte Asyl- und Ausländerpolitik in unserem Kanton verankern konnte.»

Bild Martin Stuber

Bulletin: Zur Polizei. Es mutet fast etwas wie ein Hintertreppenwitz der Geschichte an, aber in einem Leserbrief hat Dir kürzlich ein offenbar aus dem SVP-Lager stammender Typ vorgeworfen, Du hättest den Polizeistaat ausgebaut. Immerhin wahr ist, dass unter Deiner Ägide die Polizei ausgebaut worden ist. Sozialist Uster als Musterpolizist?

Hanspeter Uster: Abstrakt gesagt ist es mir klar, dass sich gesellschaftli-

che Prozesse nur bedingt durch das Strafrecht und damit auch durch die polizeiliche Arbeit steuern lassen. Gleich zu Beginn meiner Amtszeit habe ich jedoch verschiedene Schwerpunkte gesetzt, die immer noch aktuell sind: Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, Bekämpfung der Umweltkriminalität, ein konsequentes Vorgehen gegen Schnell- und Blaufahrer sowie das Einfrieren des Staatsschutzbudgets. Heute haben wir eine Polizei, die diesen Schwerpunkten gerecht wird und zudem der Bevölkerung im Kanton Zug ein Gefühl der Sicherheit bietet. Sicherheit ist aber, das betone ich immer, viel mehr und umfasst vor allem auch soziale Sicherheit. Diese kann die Polizei nicht bieten, hier sind Politik und Wirtschaft gefordert.

Bulletin: Du hast aber die Polizei ausgebaut. Ist das die Haltung eines Linken?

Hanspeter Uster: Tatsächlich habe ich den Korpsbestand 1991 um 10% oder um 16 Stellen erhöht. Entscheidend sind aber die Schwerpunkte des Ausbaus! Ich habe eine eigentliche Umweltpolizei mit fünf Stellen aufgebaut. Mit dem Personalausbau haben wir die Bereitschaft wesentlich verbessert, dies als Folge des Misserfolgs bei der Tamilenjagd durch Rechtsextreme im Jahr 1989. Die Verkehrspolizei ist deshalb heute eine Verkehrs- und Bereitschaftspolizei und nimmt in einfachen Fällen auch kriminalpolizeiliche Aufgaben wahr. So kann sich die Kripo auf die grossen Fälle konzentrieren. Im Hinblick auf den Umzug ins neue Gebäude haben wir die Kripo neu strukturiert mit einem erheblichen Schwergewicht auf der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität. Und vor kurzem habe ich bei der Personalplanung eine zusätzliche Stelle im Bereich Wirtschaftskriminalität erhalten.

Bulletin: Haben wir überhaupt eine Chance, die Wirtschaftskriminalität wirksam zu bekämpfen, ohne dem Finanzplatz Zug zu schaden? Andersherum: wieso sollen wir falsche Rücksicht auf den Finanzplatz nehmen?

Hanspeter Uster: Auch die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität kann nicht einfach an Polizei und Justiz delegiert werden; gefordert sind insbesondere die Wirtschaft selber und auch die Gesellschaft, die wirtschaftskriminelles Tun ächtet. Hier stelle ich einen eigentlichen Paradigmenwechsel bei den massgeblichen Wirtschaftsvertretern fest, die selber sehen, dass der Finanz- und Wirtschaftsplatz Zug schon mittelfristig nur überleben kann, wenn er sauber ist. Wenn durch unsere Arbeit dies erreicht werden kann, haben wir sehr viel erreicht.

Bulletin: Deutet das Auffliegen diverser Fälle im Anlagebereich nicht auf das Gegenteil?

Hanspeter Uster: Nein, das ist die Folge der härteren Gangart. Und die wirkt! Im übrigen: die Expertenkommission «Ostgelder» des EJPD führte aus, dass ein Abzug in ländliche Gebiete zu beobachten ist, wo weder die Polizei noch die Justiz das Know-how für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität hat.

Bulletin: Was heisst denn ländliche Gebiete?

Hanspeter Uster: Sicher nicht der Kanton Zug; gemeint sind all die Kantone, wo dubiose Firmen nicht mit einer Polizei und einer Justiz rechnen müssen, die die Wirtschaftskriminalität kennt und ernst nimmt.

Bulletin: Die grosse Zahl der Wirtschaftsanwälte in Zug wird kaum so schnell auf ihre lukrativen Pfründe verzichten!- und die Zahl der Firmen mit osteuropäischen Hinter-

INTERVIEW

männern wächst auch in Zug!

Hanspeter Uster: Die weitaus grösste Zahl der Geschäfte ist legal. Und ich prognostiziere im Bereich der Finanzintermediäre (v.a. im Treuhandbereich) eine ähnliche Entwicklung wie bei den Banken: Durch die regulierten Sorgfaltspflichten des neuen Geldwäschereigesetzes, das neu jetzt auch für sie gilt, ist es heute viel gefährlicher, schmutziges Geld anzunehmen. Ein zweiter Bereich, der Justiz und Polizei sehr beschäftigt, ist der Anlagebetrug. Neu können - neben dem Strafrecht, das immer erst eingreifen kann, wenn die Tat schon begangen ist - nun ebenfalls verwaltungsrechtliche Schritte ergriffen und dubiose Firmen direkt geschlossen werden. Ich war dieses Jahr bei der eidg. Bankenkommission und habe mit ihr das Vorgehen in diesem Bereich abgestimmt. Bereits sind erste Firmen geschlossen worden.

Heute sind sich die führenden Kräfte in den Wirtschaftsverbänden nicht nur dieser Umstände bewusst; sie wissen auch, dass ihre Branche längerfristig nur überleben kann, wenn sie wirklich sauber ist.

Bulletin: Zu einem anderen Thema: was hast Du in den letzten vier Jahren zur Frauenförderung in Deinem Departement unternommen, was der Gesamtregierungsrat? Wie stehst Du hier im Vergleich zu den anderen Departementen da?

Hanspeter Uster: Der Regierungsrat hat die Weiterführung des Gleichstellungsbüros dem Kantonsrat beantragt. Ich achte bei der Besetzung von Stellen jeder Art und jeder Stufe darauf, dass Frauen angestellt werden, insbesondere in meiner Direktion. Zudem achte ich darauf, dass bei der Polizei, wo der Anteil der Frauen tief ist, dieser kontinuierlich gesteigert wird. Gerade vor kurzem habe ich für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zwei Fachfrauen angestellt. Schliesslich bieten wir

auch - wenn immer möglich - Teilstellen für Frauen und Männer an. Ein direkter Vergleich unter den Direktionen ist schwierig.

Bulletin: Zum Kollegialprinzip: Du respektierst das in den letzten Jahren zunehmend. Stimmt dieser Eindruck?



«Im Moment sind in meiner Direktion so viele Projekte in Bearbeitung, dass ich - wenn immer möglich - nicht wechseln will.»

Bild Martin Stuber

Hanspeter Uster: Nun, wenn ich da an die Ladenöffnungszeiten, an meinen Hinweis auf die Gefahr eines fiskalischen Sonderbundes oder vor allem auch an die Majorzabstimmung denke, stimmt dieser Eindruck nicht unbedingt. Es ist mir aber nie darum gegangen, einfach so eine andere Meinung als der Regierungsrat zu vertreten, sondern in ganz wichtigen Fragen politisch Zeichen zu setzen.

Bulletin: Führt dieses Prinzip «Wenn ich den anderen nicht dreinrede, lassen sie mich auch in Ruhe.» nicht genau zu der Verwischung der Konturen, die zwar zu hohen persönlichen Stimmzahlen bei den Wahlen führen, aber von unseren politischen Zielen in den anderen Departementsbereichen nicht mehr viel se-

hen lässt? Ein Zitat von Dir aus dem SGA-Bulletin 1/91: «Wir wollen auch eine Politik machen, die unseren WählerInnen und nicht unseren 'Kollegen' in der Regierung oder im Parlament verpflichtet ist.»

Hanspeter Uster: Ich glaube, dass es auch für die SGA und mich einen Druck in die linke Mitte gibt. Der Proporz allerdings erlaubt es, auch nicht, mehrheitsfähige Positionen zu vertreten. Andererseits ist die Stimmung im Regierungsrat gut, und wir können auch kontroverse Themen in einer offenen und entspannten Atmosphäre diskutieren. Ich sehe auch, dass der Regierungsrat tendenziell fortschrittlichere Positionen einnimmt als der Kantonsrat, der sich nach meinem Eindruck nach rechts entwickelt hat.

Bulletin: Findest Du diese Entwicklung der SGA denn gut?

Hanspeter Uster: Die ganze Frage haben wir in der SGA in den letzten Jahren nicht mehr diskutiert, und ich würde mich gern dieser Diskussion stellen, die über meine Person hinaus für die Zukunft einer linken alternativen Kraft im Kanton Zug wichtig ist.

Bulletin: Nicht nur für Zug, wie die Debatte in der WoZ um die Zukunft der Linken beweist.

Hanspeter Uster: Genau. Und ich glaube, dass der Alleinvertretungsanspruch der SP, wie ihn z.B. André Daguët in der WoZ formuliert hat, gemessen an der Realität im Kanton Zug ziemlich vermessen ist. Zuzugeben ist allerdings, dass uns eine nationale Vernetzung fehlt und dass wir deshalb anders als die SP nicht von einem Image profitieren können, das über die grossen nationalen Tageszeitungen und vor allem auch über das Fernsehen in die Kantone ausstrahlt.

Bulletin: Nach den Turbulenzen vor

zwei Jahren hat die SGA offenbar wieder gut Fuss gefasst. Genügt das?
Hanspeter Uster: Auch wenn wir nicht über die allerbreiteste Basis verfügen, haben die letzten Monate gezeigt, dass es eine erfreuliche Zahl von Aktiven in der SGA gibt. Sehr ermutigend ist, dass gerade durch die Wahlen einige neue Leute dazugestossen sind, die eine sehr positive Ausstrahlung haben und wirklich etwas bewegen wollen. Wir wissen ja, dass wir im Schlafwagen keine Erfolge haben, wir müssen um sie kämpfen. Auf der anderen Seite ist es aber wichtig, dass wir nicht so verbissen und insiderhaft erscheinen. Die Mischung, die wir jetzt aus «alten» und «neuen» Leuten haben, ist sehr vielversprechend.

Bulletin: Wie war die Zusammenarbeit mit Urs Birchler? Wir waren - oder sind - alles andere als glücklich mit seiner Spitalpolitik.

Hanspeter Uster: Es ist wichtig, dass wir zu zweit in der Regierung sind, nicht nur, weil wir dann schon immerhin zwei Stimmen haben. Wir haben gut zusammengearbeitet und uns auch gut ergänzt.

Bei der Spitalpolitik habe ich darauf geachtet, dass die Interessen der Normalversicherten und der Angestellten einen grossen Stellenwert haben. Ich befürworte grundsätzlich das Zentralspital, verstehe aber nicht, weshalb zusätzlich in Cham noch ein Privatspital stehen soll. Der Regierungsrat hat sich klar für die Führung des Spitals zugunsten Baar mittels eines Managementvertrags ausgesprochen; die neoliberale Lobby im Kantonsrat hat jedoch die Betriebsgesellschaft durchgesetzt, welche das einzige öffentliche Spital im Kanton mittels privatem Aktienrecht steuern soll. Leider hat dem auch die Mehrheit der SP-Fraktion zugestimmt, was ich wirklich nicht verstehe - zum Glück haben die Alternativen jetzt das Referendum er-

griffen. Und beim Spitalgesetz hat der Regierungsrat meinen Antrag abgelehnt, dass für den Entscheid, welches Spital öffentlich subventioniert wird, das Volk das letzte Wort hat. Im nachhinein gesehen wäre es gut gewesen, wenn die Alternative und die SP-Fraktion zusammen mit den Gewerkschaften die ganze Spitalplanung gemeinsam in einem



«Ich achte bei der Besetzung von Stellen jeder Art und jeder Stufe darauf, dass Frauen angestellt werden, insbesondere in meiner Direktion.»

Bild Martin Stuber

frühen Stadium diskutiert hätten.

Bulletin: Hätte damit verhindert werden können, dass ein sozialdemokratischer Regierungsrat das Wartegeld für die Hebammen einfach streichen will?

Hanspeter Uster: Ich glaube ja, und es hätten nicht die Kantonsratskommission und der Kantonsrat sein müssen, die zum Glück diese Frage nun in unserem Sinn korrigiert haben. Leider hat der Kantonsrat nichts daran korrigiert, dass wie erwähnt für den Entscheid, welches Spital öffentlich subventioniert wird, das Volk anders als heute nichts mehr zu sagen hat - ein klarer

Abbau der Volksrechte.

Bulletin: Du bist kürzlich zum zweiten Mal Vater geworden, führst einen «Laden» mit über 300 Leuten, bist im kantonalen Vorstand der SGA, hast viele öffentliche Verpflichtungen und jetzt kommt noch der Wahlkampf hinzu. Wie wirst Du mit dieser Belastung fertig, wie hoch ist der Preis, den Du dafür bezahlst?
Hanspeter Uster: Die Belastung war in der Tat im letzten Jahr ausserordentlich hoch, und ich kann diese Kadenz nicht ewig durchhalten. Da ich aber weiss, dass ich nicht bis zur Pensionierung Regierungsrat bleiben will, ist die Perspektive natürlich auch etwas anders. Aber ich habe über die Sommerferien intensiv nachgedacht und setze bereits jetzt einige Prioritäten anders.

Bulletin: Will heissen?

Hanspeter Uster: Ich kann einfach nicht auf jeder Frage präsent sein und nicht dauernd neue Sachen anreissen, wenn bereits viel anderes schon in der Pipeline ist. Das ist zu bedauern, aber ich muss meine Kräfte einteilen.

Bulletin: Hast Du Pläne für die Zukunft nach dem Regierungsrat?

Hanspeter Uster: Eigentlich will ich nochmals vier Jahre machen, denn dann bin ich in einem Alter (44), wo ich noch einmal etwas ganz Neues anfangen kann. Da lasse ich mich überraschen, denn ein neues politisches Amt auf anderer Ebene lässt sich schlichtweg nicht planen.

Bulletin: Es gibt ja nicht nur das Parlament in Bern, sondern auch noch das Bundesgericht in Lausanne.

Hanspeter Uster: Das ist wirklich etwas hoch gegriffen, aber grundsätzlich würde mich eine solche Arbeit reizen, ganz abgesehen von der Landschaft am Genfersee, die sogar noch schöner als Baar ist... ■

Was ist denn das? Männer, die Sex haben mit Männern!

So kompliziert sich das anhört, so erfrischend unkompliziert ist der Auftritt von Michael Wenger, der das MSM-Projekt im letzten September aufgezogen hat. Als «Outreach Worker» der Aids-Hilfe Schweiz hat er sich zum Ziel gesetzt, das Ausleben von schwulen und lesbischen Beziehungen als selbstverständliche Lebensform auch in den Kantonen Luzern, Schwyz und Zug zu vermitteln.

Von Martin B. Lehmann, Kantonsratskandidat Alternative Liste (SGA und Parteilose)

Was anfangs als topaktuelle Bibliothek mit Büchern und Videos für Frau und Mann begonnen hatte, ist mittlerweile zu einem schwul-lesbischen Treffpunkt in Zug geworden.

Michael weist darauf hin, dass primär folgende Schwerpunkte in sein Mandat fallen:

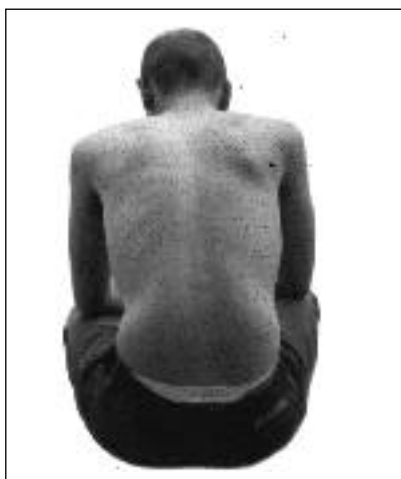
- 1) Beratungsangebot bzw. Auskunftsstelle für Schwule und Lesben sicherstellen
- 2) Koordinationsstelle für schwul-lesbische Aktivitäten (Treffe, Meinungsaustausch, Projekte)
- 3) Bereitstellung der Bibliothek

Beratungsangebot

Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass ca. 10% der Schweizer Bevölkerung homosexuell sind und weitere 30 bis 40% bisexuelle Neigungen haben. Wieso sollte das in der Zentralschweiz anders sein?

«Meine BesucherInnen sind 17 bis 70-jährig» meint Michael und fügt mit ernster Miene an, dass ein Grossteil davon Probleme mit ihrer schwul-lesbischen Identität haben. Mit Identitätsproblemen gegenüber Eltern, Freunden und am Arbeitsplatz sind gleichgeschlechtlich orientierte Menschen im katholischen Zug vermehrt konfrontiert als zum Beispiel in Zürich. Und hier hakt Michaels Arbeit ein.

Da ist der 50-jährige, seit X Jahren verheiratet, welcher seit seiner Jugend gleichgeschlechtliche Gefühle mit sich herum trägt und nun nicht mehr mit seiner heterosexuellen Existenz leben kann. Am Anfang der Be-



Schwule Lebensweise soll selbstverständlich werden! Aus der Broschüre «Schwul. Infos zu Coming Out und Safer Sex für schwule und bisexuelle Jungs» der Aids-Hilfe Schweiz und Spot 25 1997 Bild Aids-Hilfe Schweiz

ratungen jeweils 1 Stunde zu früh erschienen, um ja niemanden anzutreffen, erzählt er heute stolz, wie er an einem grossen Gay-Fest in Zürich teilgenommen hat. Oder der 40-jährige, welcher sichtlich «überlaufend» von Frust und Angst vor Nachbarn in seiner Gemeinde stundenlang wie ein Wasserfall spricht.

«Wichtig ist es vor allem, die Hemmschwelle herunterzusetzen» meint Michael und gesteht als Nicht-Psychologe ein, dass er Menschen mit schwierigeren Problemen an kompetente Fachpersonen vermittelt.

Zweites zentrales Anliegen der Beratung ist die (HIV-)Prävention. Auch wenn der heterosexuelle

Volksmund immer noch hartnäckig an der Gleichung «Schwul gleich AIDS» festhält, obwohl dies schon längst wissenschaftlich in Abrede gestellt wird, ist die Prävention von grosser Wichtigkeit. «Leuten, welche zu ihrer Identität stehen, geht es besser. Und die, denen es besser geht, handeln eher verantwortungsbewusst. Verantwortungsbewusste Leute sind jedoch sensibilisierter für Safer Sex». Michael versucht auf diese Weise, eine Alternative zu der riskanten anonymen Sexszene zu bieten.

Koordinationsstelle für schwul/lesbische Aktivitäten

Beratung ist eine Sache, der Kontakt zu Gleichgesinnten eine andere. Zu diesem Zweck organisieren Zuger Lesben und Schwule monatliche Treffs in verschiedenen Zuger Lokalitäten, an denen zehn bis zwanzig Personen regelmässig teilnehmen.

Im übrigen wurde ein «schwul-lesbisches Komitee Zentralschweiz» gegründet, welches die Selbstverständlichkeit mittels machbaren Projekten thematisieren möchte und dafür noch Leute und Ideen sucht...■

Schwul/lesbische Biblio- und Videothek
Zeughausgasse 9, 6. Stock, Zug
geöffnet jeweils Donnerstag von
17.00 bis 19.00 Uhr

Tel./Fax 041 / 710 48 75
e-mail: lesbischswul@zugernet.ch

Ja zu S.V.P. - Ja zu mehr Anstand in der Politik

Im Frühling beschloss der Zürcher Stadtrat, Fr. 30'000.-- für HERRMANN zu sprechen, ein Gassenarbeits- und HIV-Präventionsprojekt, welches männliche Prostituierte dazu anzuhalten will, auf Sex ohne Präservativ zu verzichten. Nach der problemlosen Genehmigung durch den Zürcher Gemeinderat entschloss sich die SVP der Stadt Zürich, gegen dieses «Randgruppenprojekt der linken Stadtregierung» das Referendum zu ergreifen

Von Martin B. Lehmann

Gegen dieses Referendum, welches am 29. November zur Abstimmung gelangt, hat sich mittlerweile eine breite Opposition gebildet. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil noch bei vielen ein fahler Nachgeschmack nach der niederschmetternden Niederlage des Kosovo-Albaner-Kontaktnetzes übrig geblieben ist, haben sich neben SP, LdU, GP, AL, FraP und EVP selbst die CVP und überraschend deutlich auch die FDP gegen das Referendum ausgesprochen und sich damit - anders als bei der Abstimmung über das Kontaktnetz für Kosovo-Albaner - von der SVP distanzieren.

«Die SVP hat von Tu(n)ten und Blasen keine Ahnung» und «AIDS kennt weder Randgruppen noch Grenzen!» verkündet provokativ das vor kurzem gegründete überparteiliche Komitee «Herrmann S.V.P. (S'il Vous Plaît) - Mehr Anstand in der Politik» und doppelt gleich nach mit der Präsentation eines Präservativs, welches in Kürze grossräumig in Zürich verteilt wird und hier exklusiv abgebildet ist. «Wir wollen bewusst provozieren» sagt Katharina von Allmen, Kampagnenleiterin und SP-Sekretärin. «Die SVP titulierte mittlerweile alles, was nicht ihren 30%-Clientèle entspricht als Randgruppe, und es kann ja nicht sein, dass 70% der ZürcherInnen eine Randgruppe sind!». Am 7. Juni war das Motiv Ausländerfeindlichkeit, und nun soll das Geschäft mit Homophobie gebodigt werden. Dieses Klima steht der «Little big City»



nicht an. «Wir wünschen uns ein offenes und liberales Zürich, dies nützt schlussendlich allen und darum wollen wir auch Ausserkantonale ansprechen».

SVP schert sich um Kosten

Stricher sind gewiss nicht jedermanns Sache, doch Stricher und Freier sind eine Tatsache. Das Strichangebot ergibt sich aus der Nachfrage. Deshalb muss sich effektive HIV-Prävention an die wichtigste Zielgruppe - Prostituierte egal welchen Geschlechtes - richten, damit diese sich künftig nicht nur weigern können, sondern auch weigern wollen, ungeschützten Sex anzubieten. Das hilft den Freiern, den Stri-

chern und der Allgemeinheit, wenn man weiss, dass jede HIV-Infizierung unsere Gesellschaft Fr. 500'000.-- kostet. «Die SVP polemisiert nach dem Prinzip was nicht sein darf, darf nicht sein, stellt sich blind und behauptet erst noch, so zu sparen. Diese schlicht und ergreifend unanständige Politik muss endlich aufhören!»

Mit dem frühen Start der Kampagne wollen die Befürworter verhindern, dass sie von der Nein-Kampagne der SVP überrollt werden. SVP-Vertreter hatten bereits durchblicken lassen, dass sie wie bei der Abstimmung über das Kontaktnetz «sehr prägnant» auftreten werden. «Mit einem Budget von mindestens

«Öffentliche Diskussion ist dringlich!»

Jean Baptiste Huber hat dem Grossen Gemeinderat der Stadt Zug am 22. Juni 1998 eine Einzelinitiative mit dem Titel «4gleich1» eingereicht. Die Initiative verlangt, dass die Stadt Zug an die Gemeinden Baar, Cham und Steinhausen im Hinblick auf die Planung einer künftigen gemeinsamen Stadt gelangt. Über seine Einzelinitiative hat sich das SGA-Bulletin mit dem Initianten unterhalten.

Das Interview führte Martin Stuber am 21. August 1998

Fr. 100'000.--, einer grossen Anzahl von ParlamentarierInnen sowie über hundert Privatpersonen, darunter auch dem renommierten Präventivmediziner Felix Gutzwiller, werden wir einen gewaltigen Druck auf die SVP ausüben» erklärt Katharina von Allmen kampfesbewusst.

Und dieser Kampfgeist wirkt ansteckend. So ansteckend, dass ich mich spontan entschlossen habe, im Komitee mitzuarbeiten. So verteilt also ein Zuger am Zürcher Theaterspektakel Gummis an Passanten und geniesst es ungeheuer, wenn Leute mit den Worten «SVP, nein danke!» abwinken. Man glaubt es fast nicht, aber Polik kann auch Spass machen!

Bei allem Spass darf aber nicht vergessen werden, dass diese Kampagne Signalwirkung - auch nach Zug - hat. Nicht nur, dass in der Stricherszene auch Zuger verkehren. Wenn diese Kampagne nach dem Kontaktnetz auch noch bergab geht, dann hätte die Unanständigkeit, die Indifferenz gegenüber Benachteiligten gewonnen. Und diese Welle könnte durchaus auch auf unseren Kanton überschwappen.

Deshalb ist es auch in unserem Interesse, dass der Zürcher Souverän am 29. November ein wuchtiges Nein in die Urne legt! ■

Bulletin: Was motivierte dich dazu, die «4gleich1»-Initiative einzureichen?

Jean Baptiste Huber:

Ich habe zwischen 1985 und 1989 in Rotkreuz gewohnt und habe die Entwicklung am Ortseingang Rotkreuz, in Holzhäusern und im Bösch in Hü-

Dienstleistungsgebieten in ehemals ländlichen Gemeinden derart begünstigt. Seit neun Jahren lebe ich nun in Zug und sehe, wie sich die Baugebiete von Zug und Baar immer mehr verzahnen, ohne dass die beiden Gemeinden bisher ein gemeinsames Konzept für die Siedlungsentwicklung erarbeitet hätten. Eine ähnliche Erscheinung lässt sich zwischen Cham und Steinhausen im Gebiet zwischen Alpenblick und Einkaufszentrum Zugerland beobachten.

Bulletin: Sollen denn Zug, Baar, Cham und Steinhausen zu einer einzigen Stadt werden?

Jean Baptiste Huber:

Ja, längerfristig schon. Die eigentliche Schlüsselidee habe ich beim Inlineskaten gehabt. Ich skate häufig in der Lorzenebene und habe dabei die Gebiete der Gemeinden Zug, Baar, Cham und Steinhausen als einheitlichen Siedlungsraum buchstäblich erfahren. Der bisherige raumplanerische Ansatz, der die vier Gemeinden als vier getrennte Einheiten begreift und eine Siedlungsbegrenzung der einzelnen Gemeinden anstrebt, kann diesem einheitlichen Siedlungsraum nicht gerecht werden. Aufgrund der Entwicklung, wie sie heute bereits besteht, ist es für eine wirkungsvolle Siedlungsbegrenzung zwischen den vier Gemeinden Zug, Baar, Cham und Steinhausen zu spät. Diese führt nur zu einer künstlichen Verknappung des Raumangebots in diesen vier Gemeinden und fördert eine weitere



Aufgerüttelt durch die planlos wuchernden Industrie- und Gewerbezo- nen an verschiedenen Gemeindegrenzen lancierte Jean Baptiste Huber die Einzelinitiative «4gleich1». Diese fordert die Stadt Zug auf, mit Baar, Cham und Steinhausen raumplanerisch zusammenzuarbeiten.

Bild Martin Stuber

nenberg hautnah erlebt. Schon damals ist mir aufgefallen, dass mit der Raumplanung im Kanton Zug etwas nicht stimmen kann, wenn diese die wuchernde Entstehung von schlecht erschlossenen und infrastrukturar- men Industrie-, Gewerbe- und

wuchernde Zersiedelung der ehemals ländlichen Gemeinden, wie ich sie für Rotkreuz und Hünenberg beschrieben habe.

Ich bin deshalb überzeugt, dass - bezogen auf den ganzen Kanton - ein haushälterischer Umgang mit dem Boden am besten erreicht werden kann, wenn wir die weitere Siedlungsentwicklung schwergewichtig auf das Gebiet der vier Gemeinden Zug, Baar, Cham und Steinhausen konzentrieren. Zu diesem Zweck müssen wir die vier Gemeinden kontrolliert zu einer gegen aussen begrenzten Stadt zusammenwachsen lassen. Wenn wir dies heute planen, haben wir die Chance, ein - auch wirtschaftlich - attraktives urbanes Zentrum zu schaffen, in dem die Grünflächen frühzeitig ausgeschieden und die Trassen für den öffentlichen Verkehr - ich denke insbesondere an die Stadtbahn - rechtzeitig festgelegt werden. Mit einer rechtzeitigen Gesamtplanung für die vier Gemeinden, die ausreichend Raum für die künftige Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung bietet, verhindern wir auch, dass die Entwicklung in die bisher eher ländlichen Aussengemeinden ausweicht und dort zu einer insbesondere verkehrstechnisch problematischen Zersiedelung führt.

Bulletin: Du hast dein Aha-Erlebnis in Rotkreuz erwähnt - willst du Rotkreuz und Hünenberg jeglichen weiteren Entwicklungsspielraum nehmen?

Jean Baptiste Huber: Es geht nicht darum, den beiden Gemeinden den Entwicklungsspielraum zu nehmen, der ein harmonisches Wachstum ermöglicht. Das wirtschaftliche und bevölkerungsmässige Zentrum des Kantons Zug befindet sich aber schon heute im Agglomerationsraum der Lorzenebene. Es macht schon aus verkehrstechnischen Gründen Sinn, die weitere Entwick-

lung schwergewichtig in diesem Gebiet zu konzentrieren.

Bulletin: Was heisst «schwergewichtig»?

Jean Baptiste Huber: Bereits heute wohnen 60'000 der 93'000 EinwohnerInnen des Kantons Zug - das sind zwei Drittel - in der Lorzenebene! In der jüngeren Vergangenheit sind



Laut J. B. Huber bilden die vier Gemeinden der Lorzenebene de facto bereits heute einen einheitlichen Siedlungsraum. Bild Martin Stuber

Rotkreuz und Hünenberg weit überproportional gewachsen, mit den bekannten Folgen - Pendlerströme nach Zug, Zersiedelung, erhöhtes Verkehrsaufkommen auf der N 4A. Dieses Wachstum muss auf ein Mass beschränkt werden, das der Grösse und den Verkehrsstrukturen angemessen ist. Gleichzeitig müssen wir im Bereich der zugerischen Hauptagglomeration in der Lorzenebene eine Antwort auf den immer grösser werdenden Siedlungsdruck finden. Das Wachstum muss durch eine

weitsichtige Planung in geordnete Bahnen gelenkt werden. Nur so können wir für künftige Generationen ausreichende Grünräume auch im Innern der Lorzenstadt freihalten. Wie sich in den bisherigen Planungsarbeiten in der Stadt Zug zeigt, ist eine ausreichende Siedlungsdichte zudem eine Voraussetzung für einen ökonomisch sinnvollen Betrieb der Stadtbahn.

Bulletin: Wie soll die «Lorzenstadt» politisch funktionieren? Einfach aus Zug, Baar, Cham und Steinhausen eine einzige Gemeinde machen?

Jean Baptiste Huber: Ich habe in meiner Einzelinitiative die Planung einer künftigen gemeinsamen Stadt beantragt. Diese Formulierung verlangt nicht zwingend, dass die vier Gemeinden auch politisch vereinigt werden müssen. Es ist eine regionale Körperschaft mit begrenzten, aber für die Planung funktionalen Kompetenzen durchaus denkbar. Wieso sollen Zweckverbände sich nur um den Güsel kümmern? Längerfristig (20 bis 40 Jahre) ist es aber gut möglich, dass die vier Gemeinden auch politisch zusammenwachsen werden.

Bulletin: Deine Einzelinitiative betrifft mehr oder weniger alle Talgemeinden. Weshalb bist du nicht auf kantonaler Ebene aktiv geworden?

Jean Baptiste Huber: Dies hat verschiedene Gründe. Zum einen bin ich der Überzeugung, dass die Stadt Zug als grösste Talgemeinde eine Vorreiter-Rolle bei der Planung der weiteren Entwicklung übernehmen sollte. Als Einwohner der Stadt Zug ist es mir wichtig, wie sich die Stadt entwickelt. Es lag deshalb nahe, auf städtischer Ebene aktiv zu werden. Zum zweiten ist die Raumplanung auf kantonaler Ebene der demokratischen Mitwirkung bisher weitgehend entzogen. Richtpläne werden dem Kantonsrat nur zur Genehmi-

gung vorgelegt. Dies bedeutet, dass schon der Kantonsrat die Richtpläne nur als Ganzes entweder gutheissen oder ablehnen kann. Eine intensive Detailberatung, wie sie beispielsweise bei Gesetzesvorlagen stattfindet, erfolgt nicht. Für den einfachen Bürger ist eine Einflussnahme erst recht kaum möglich. Die Geschichte der Umfahrungen Zug-Baar (UZB) hat aber gezeigt, dass die Diskussion insbesondere in der Stadt Zug eine erhebliche Ausstrahlung auf die Politik des Kantons hat.

Schliesslich gibt es aber auch noch sozusagen parteiinterne Gründe, wieso ich zur Einzelinitiative auf gemeindlicher Ebenen gegriffen habe. Bereits im Herbst 1997 habe ich im SGA-Bulletin 3/97 meine Ideen in einem Artikel dargestellt. Ich habe mir davon eine gewisse Resonanz und eine Diskussion innerhalb der alternativen Kräfte im Kanton Zug und insbesondere der SGA erhofft. Als die erhoffte Resonanz ausblieb, habe ich nach einem Mittel gesucht, die meines Erachtens dringliche öffentliche Diskussion anzuregen.

Bulletin: Das nehme ich als SGA-Gemeinderat zur Kenntnis! Wie sind die bisherigen Reaktionen auf deinen Vorstoss?

Jean Baptiste Huber: Ich habe viele Reaktionen von Einzelpersonen gehabt. Diese finden die Idee einer gemeinsamen Stadt mehrheitlich gut und begrüssen es vor allem, dass jemand einmal die grundsätzliche Frage aufwirft, wie sich die Gemeinden in der Lorzenebene entwickeln sollen.

Auch die betroffenen Gemeinden Steinhausen, Cham und Baar, denen ich eine Kopie meiner Einzelinitiative zugestellt habe, reagierten rasch. Alle drei Gemeinden lehnen eine politische Vereinigung ab, begrüssen jedoch eine Zusammenarbeit im planerischen Bereich. Die Stadt Baar schlägt den anderen Gemeinden der

Lorzenebene dabei konkret die «Erarbeitung eines gemeinsamen Siedlungsentwicklungskonzepts» vor. Zur Begründung schreibt Baar in seinem Brief vom 29. Juli 1998 wörtlich: «Im Verkehrsbereich haben die Talgemeinden bereits einen gemein-



Nebst ermutigenden Reaktionen von Einzelpersonen erhielt J. B. Huber ein positives Echo von Baar, das konkret die «Erarbeitung eines gemeinsamen Siedlungsentwicklungskonzeptes» vorschlägt. Bild Martin Stuber

samen Weg eingeschlagen. Bis anhin zeigte sich, dass dieses Vorgehen sehr vorteilhaft ist. Im Siedlungsbereich werden die Interessen und Vorstellungen der einzelnen Gemeinden nicht koordiniert und es fehlt an einem gemeinsamen Siedlungsentwicklungskonzept. Auch im Hinblick auf die Überarbeitung des kantonalen Richtplanes und die bald wieder anstehende Ortsplanungsrevision dürfte es sehr wertvoll sein, wenn die Talgemeinden eine gemeinsame Idee entwickeln.»

Bulletin: Hat dich das gesamthaft gesehen recht positive Echo aus diesen drei Gemeinden überrascht?
Jean Baptiste Huber: Nein. Die Zuger Talgemeinden zeigen in letzter Zeit alle ein hohes Innovationspotential und sind bereit, auch neue Wege zu

gehen. Ich habe mich allerdings über die Reaktion insbesondere aus Baar schon sehr gefreut und hoffe, dass die anderen drei Gemeinden den Ball, den ihnen die Baarer zugespielt haben, aufnehmen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Zuger Stadtrat am 30. Juni 1998 eine Studie «Lorzestadt Zug» vorgestellt hat, in der teilweise sehr ähnliche Ideen wie in meiner Einzelinitiative vertreten werden. So gesehen müsste er eigentlich meine Initiative zur Überweisung vorschlagen.. ■

Tip

Alle relevanten Dokumente zur Einzelinitiative sind im Internet abrufbar unter www.sga-zug.ch auf der Homepage der SGA-Stadt

Wenn diese SGA-Bulletin erscheint, hat der Zuger Gemeinderat bereits darüber entschieden. (9. September 1998)

Redaktionsschluss war leider vor diesem Entscheid.

Zweifache Referendumsdrohung der Alternativen Fraktion

Vor den Sommerferien traf sich der Kantonsrat zu einer Doppelsitzung in zwei aufeinanderfolgenden Wochen. An der Sitzung vom 25. Juni drohte die Alternative Fraktion (AF) gleich bei zwei Geschäften mit dem Referendum: beim Gesetz über das Kantonsspital sowie beim neuen Planungs- und Baugesetz. An der Fortsetzungssitzung vom 2. Juli stand u.a. die Diskussion über die SVP-Interpellation zur illegalen Einwanderung und Ausländerkriminalität im Vordergrund.

von Sybilla Schmid Bollinger, Kantonsrätin Alternative Fraktion

Bereits beim Planungskredit für das damals noch beschlossene Zentralspital stand eine Referendumsdrohung unausgesprochen im Raum. Manuela Weichelt wandte sich gegen die Genehmigung des 300'000-Franken-Kredits, vermochte aber neben den Mitgliedern der AF lediglich die SVP und zwei CVP-Kantonsräte umzustimmen.



Licht aus?

Bild Brigitte Weiss

Mit 58 : 12 Stimmen passierte die Kreditvorlage.

Soziale, demokratische und personalpolitische Bedenken

Die Debatte über das Kantonsspitalgesetz vermochte wenigstens einen Teil der SP-Fraktion umzustimmen. Nachdem SP-Regierungsrat Urs Birchler als Sanitätsdirektor etwas widerwillig den Standpunkt der Regierung vertreten musste, die sich wie die AF für einen Managementvertrag und gegen die Gründung einer privaten Aktiengesellschaft von Kantonsspital und Spital Baar ausgesprochen hatte, machte sich in der SP-Fraktion eine gewisse Verunsicherung breit. Die Voten von Manuela Weichelt, Sybilla Schmid und Jo Lang trugen das Ihre dazu bei. Vier SP-Mitglieder teilten unsere Bedenken und stimmten mit uns gegen die «Spital-AG». Die SP-Mitglieder der vorberatenden Spitalkommission, Othmar Birri und Brigitte Profos, hielten aber stur an der beabsichtigten Gründung einer AG fest. Mit 60 : 11 Stimmen (7 AF & 4 SP) wurde die Vorlage in erster Lesung beschlossen. Die AF überlegt sich in diesem Zusammenhang, ob sie das Referendum ergreifen will.

Gegen Spreitenbachzustände im Kanton Zug

Auch die Diskussion über das Planungs- und Baugesetz (PBG) verlief für die AF unerfreulich. Jeannette Ackermann machte während der

Eintretensdebatte auf grundlegende Mängel des PBG aufmerksam und stellte während der anschliessenden Detailberatung entsprechende Anträge, die alle deutlich - auch seitens der SP - abgelehnt wurden.

Ihre wichtigsten Anträge betrafen den Bau von weiteren Einkaufszentren. Das vorliegende Gesetz sieht fast keine Einschränkungen vor und könnte im schlimmsten Fall Spreitenbach-Zustände im Kanton Zug fördern. Jeannette Ackermann wollte u.a. erreichen, dass im Gesetz ausserhalb der Kernzonen eine kantonale Verkaufsflächenbegrenzung von 18'000 m² festgelegt wird und dass pro Standort maximal 10'000 m² genutzt werden dürfen.

Auch der Antrag von Jo Lang, der Regierungsrat solle auf die zweite Lesung des PBG einen Paragraphen ausarbeiten, wie «arbeitslose» Planungs- und Erschliessungsgewinne abzuschöpfen seien, wurde verworfen. Unverständlich war auch hier die Haltung der noch anwesenden SP-KantonsrätInnen, denn auch sie lehnten diesen Antrag ab, obwohl es sich dabei um ein altes sozialdemokratisches Postulat handelt.

Das in erster Lesung beschlossene neue PBG wird, falls in der 2. Lesung keine Korrekturen in unserem Sinn erfolgen, der Volksabstimmung unterbreitet, weil die AF mit grösster Wahrscheinlichkeit das Referendum dagegen ergreifen wird.

Die Zusammenarbeit der AF mit der SP-Fraktion war während dieser Kantonsratssitzung an einem Tief-

punkt angelangt. Deshalb wurde eine gemeinsame Sitzung im August angesagt, um das weitere gemeinsame Vorgehen in der Spitalfrage und bezüglich des PBG zu besprechen.



Einkaufszentren: immer mehr, immer grösser - immer leerer?

Bild Brigitte Weiss

Umstrittene Hilfeleistung für Zuger Kunsteisbahn

Die Staatsrechnung 1997 war der alternativen Fraktion (AF) dieses Mal keine Wortmeldung wert. Dass dann auch die SP-Fraktion dazu schwieg, war nicht vorauszusehen. Die verbleibenden Redner aus den bürgerlichen Fraktionen wiederholten das bereits letztes und vorletztes Jahr Gesagte. Quintessenz: Trotz des positiven Rechnungsabschlusses muss der Kanton Zug weiterhin sparen.

Die Verteilung des Ertragsüberschusses hingegen rief die AF gemeinsam mit der SP auf den Plan. Engagiert wandte sich Kantonsrätin Luzia Gassner (SP) gegen die 200'000 Franken zugunsten der Kunsteisbahn Zug. Sie und Jo Lang stellten alternative Projekte vor, die mit je 100'000 Franken unterstützt werden sollten: Ferien für Kinder von arbeitslosen Eltern in der

Schweiz und der Aufbau von Wohnungen und einer Zementfabrik in Ecuador. Von der Tradition, nationale und internationale Hilfeleistungen zu erbringen, sollte nach Ansicht beider Fraktionen nicht abgewichen werden. Mit 47:16 Stimmen entschied sich der Rat trotzdem für die Unterstützung der Kunsteisbahn.

Peinliche Attacke der SVP gegen Hanspeter Usters Asylpolitik

Die bereits eingangs erwähnte SVP-Interpellation zur Asylthematik provozierte sämtliche Fraktionen zu Diskussionsbeiträgen. Niemand erklärte sich mit dem Tonfall der SVP einverstanden, doch waren unterschwellig fremdenfeindliche Töne nicht zu überhören.

Peinlich geriet auch der Auftritt von CVP-Fraktionschef Peter Hegglin, welcher bemängelte, dass die Kantonspolizei zwar Temposünder und alkoholisierte Autofahrer jage, dafür aber zuwenig gegen kriminelle Asylbewerber unternähme.

Für die AF sprach Jo Lang zum Thema und abschliessend nahm Hanspeter Uster als zuständiger Regierungsrat Stellung. Er verwies u. a. darauf, dass die Kritik der SVP vor allem die Gesetzgebung des Bundes im Ausländer- und Asylbereich betreffe, die vom Kanton nicht direkt beeinflussbar sei. Weiter gelang es ihm, die von Jean-Paul Flachsmann (SVP) vorgelegten Zahlen zu korrigieren. Kein einziger Fall, der die Bedingungen für die Anordnung einer Ausschaffungshaft erfüllen würde, sei im Kanton Zug pendent.

Obwohl die SVP, ratsintern betrachtet, mit ihrem Vorstoss auf die Nase gefallen ist, bleibt doch das ungute Gefühl zurück, dass sie sich mit diesem Thema während der Wahlen profilieren will und kann.

Folgeschwere Personalplafonierung

Der Rechenschaftsbericht des Obergerichts veranlasste Toni Kleimann zum Eingreifen. Er geisselte die Personalplafonierung bei den Gerichten nicht nur mit scharfen Worten, sondern auch mit Fallbeispielen, die belegen, welche Folgen die Pendenzenberge der Justiz für die Rechtssuchenden haben können.

Jo Lang hingegen zeigte sich zufrieden mit der Antwort des Obergerichts zu seiner Interpellation betreffend drohende Verjährung eines Strafverfahrens gegen einen Zuger Wirtschaftsanwalt (Fall Iso Lenzlinger). Nicht das Obergericht verkennt die Probleme, sondern die Mehrheit des Kantonsrates, die sich des Preises, den der Finanz- und Handelsplatz Zug hat, nicht bewusst ist.

Vor den Sommerferien wurden folgende Kommissionen bestellt:

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald. Hier nimmt Ruth Wyss für die AF Einsitz.

Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden. Änderung der Strafprozessordnung. Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Bewilligung von Personalstellen für die Zivil- und Strafrechtspflege 1997-2000. Hier vertritt Toni Kleimann die AF.

Anregungen, Fragen usw. bitte direkt an Ruth Wyss oder Toni Kleimann richten. ■

Böse, manchmal hämisch, aber v.a. witzig soll es sein, das Frontal. Den Vorhang vor der Zuger Politgerüchteküche wegzuziehen ist manchmal heikel, denn die Wahrheit darf dabei nicht auf der Strecke bleiben. Was uns leider im letzten Frontal aber doch passiert ist: Der Fall Alma Leuenberger in Hünenberg ist kein "Fall", sondern eher die Geschichte einer Frau, welche aus eigenem Entschluss zurückgetreten und konsequent ihren Weg gegangen ist. Dies nicht wie suggeriert auf sanften Druck ihrer CVP-Leute, sondern eher gegen deren Opposition. Wir entschuldigen uns in aller Form.

«zytlos» heisst das offiziöse «Magazin für die ältere Generation in der Stadt Zug». Das Titelblatt der neuesten Nummer zielt die versammelte Alters-Prominenz nicht bei der Grundsteinlegung, sondern bei der Zaunaufrichte für das neue Altersheim Neustadt. «zytlos» passt gut, denn der Bau dürfte sich durchaus zu einer zeitlosen Sache entwickeln. Die Plakatkleber wird's freuen...

Andererseits ist das Interesse an einer schnellen Fertigstellung des Altersheimes aber doch vorhanden: irgendwo müssen ja die attraktiven neun Männer der 9er-Gemeinderatsliste der Stadtzuger SVP nach den Wahlen versorgt werden.

So attraktiv sind die SVP-Listen, dass der SVP - Internet-Provider es vorzog, sich in die USA zurückzuziehen - keine Verbindung unter www.svp-zug.ch! Oder doch, falls bis zum Erscheinen dieses Bulletins die WWZ als neuer Provider doch

noch ein Modem für den SVP-Auftritt gefunden haben. Wir sind gespannt auf die tollen Kandidatenföteli im Web...

Wenig Mut zeigt in dieser Hinsicht die FDP. Nachdem der kantonalen FDP ein Web-Auftritt ursprünglich zu teuer war, wurde notfallmässig doch noch etwas eingerichtet - der böse kommentierende Link auf dem SGA-Web war vielleicht denn doch zuviel! Dass es in der Eile nicht mal für ein Farbfoto der vier SpitzenkandidatInnen gereicht hat, darf da nicht erstaunen - grau in grau: Einheit von Form und Inhalt?

Interessante Einsichten via Internet auch über die CVP: Haben Sie gewusst, dass die nur eine einzige Ortspartei (Baar) hat? Mehr war trotz eifrigem Runklicken nicht zu finden! Dafür hat diese Ortspartei ein ganz starkes Motto: «Nach dem Motto: "Einigkeit macht stark" suchen wir gemeinsam Lösungen, um geschlossen dahinter zu stehen.» Da stehen sie nun...

Das Motto einer Webseite für eine allfällig doch existierende CVP-Ortspartei Cham wäre naheliegend: "Tweri for President". Ist aber gar nicht nötig - so viele Föteli von Baudirektor Twerenbold wie in den letzten vier Monaten sind in der Neuen Zuger Zeitung während vier Jahren nicht erschienen. Tweri als Oberjodler, Tweri im ACS-Oldtimer (Achtung: Symbolik!), Tweri im modischen Gilet als Preisverleiher für einen VW-Polo, Tweri hier, Tweri dort. Immerhin ist jetzt klar, welcher CVP-Bisherige über die Klinge springen

muss, falls es der SVP doch zu einem Regierungsratsitz reicht.

Leider gibt es für solche Politcrashes keine Airbags. Über Umfang und Qualität des Airbags, den der Kanton Zug zum Überleben bräuchte, falls SVP-Flach(s)mann Regierungsrat würde, wird unterdessen in Staatsschutzkreisen heftig debattiert.

Ganz Schlaue sind da schon einen Schritt weiter: lässt Schnäuze, Stumpen und Solariumbraune ein Jahr lang den Kanton Zug regieren, dann sind wir die essvouphee los!

Das wäre kein grosser Verlust: die notorischen Blackouts bei der SVP im Kantonsrat gehen langsam auch vielen Bürgerlichen auf den Geist: oft haben sie im Plenum eine grosse Röhre - an den vorbereitenden Kommissionssitzungen fehlen sie dafür meistens und das oft erst noch unentschuldigt. In kleineren Runden ausserhalb des Stammtisches ist halt Argumentieren angesagt.

Mit einem «Blackout» rechtfertigte SP-Kantonsrätin Erna Staub gegenüber den Fraktionen von SP und Alternativen ihre Zustimmung zum Majorz - damals, in der zuständigen Kantonsratskommission. Ob das folgende Zitat der SP-Stadtratskandidatin Erna Staub auch einem «Blackout» entsprungen ist, wissen wir nicht: «Es stimmt. Ich habe mich sehr für das Majorzsystem gewehrt. Ich würde es auch heute begrüssen.» (Neue Zuger Zeitung vom 5. September 1998).

Ob das die rotgrünviolette Wählerschaft auch begrüsszt? ■

veranstaltungen

September

SO 13: Sonntag der offenen Tür in der Altstadt und im Büro Gegenwind.
11.00 bis 17.00, Zuger Altstadt.

DO 17: Donschtigsbar mit südafrikanischem Essen.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

DI 22: Multikulturelles Zugerland: Ein Gespräch über Integration. Mit Hanspeter Uster, Ivana Calovic, Hülya Gabriel, Theres Arnet, Thomas Kessler und Prof. H-P Müller.
20.00 Uhr, Rest. Bären Zug.

DO 24: Donschtigsbar.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

SO 27: Femmestour - Zugerinnen und Zuger auf dem Weg zum Bundesstaat 1798 - 1848.
Treffpunkt Landsgemeindeplatz, 11.00 Uhr.

Oktober

DO 1: Donschtigsbar mit Chef de Service Hanspeter Uster.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

MI 7: Amnesty International. Monatssitzung.
Stadt- und Kantonsbibliothek (3.Stock), 20.00 Uhr.

DO 8: Donschtigsbar.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

DO 15: Donschtigsbar.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

DO 22: Donschtigsbar.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

DO 29: Donschtigsbar.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

November

MI 4: Amnesty International. Monatssitzung.
Stadt- und Kantonsbibliothek (3.Stock), 20.00 Uhr.

DO 5: Donschtigsbar.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

DO 12: Donschtigsbar.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

DO 19: Donschtigsbar.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

DO 26: Donschtigsbar.
18.30-23.30 Uhr in der Cafeteria des ZALT.

Frauenkulturtag im Rest. Chaotikum 24.-27.9.98.

DO 24.9.98
18.00: Eröffnungsapéro der 5. Frauenkulturtag
ab 18.30: Kulinarisches High-Light mit Sangria
und Paella.
21.00: Film "Niki de Saint-Phalle".

FR 25.9.98
ab 20.00: Barbetrieb.
21.00: Konzert mit den frauenbetonten Bands:
Tunafish (ZG), Eliane Baggenstos & Valerie Ko-
loszar spielen folkig-feinen Pop.
M. D. Moon (ZH), Stimmige Party-Music.

SA 26.9.98
9.30: Tanz- und Bewegunngsworkshop (nur für
Frauen).
Achtung: Findet im Pfarreiheim St. Martin, Baar,
statt.
Anmeldung erwünscht: Gassenarbeit, Tel.
7113145.
14.00: Gesangsworkshop (nur für Frauen).
Achtung: Findet im Pfarreiheim St. Martin, Baar,
statt.
Anmeldung erwünscht: Gassenarbeit, Tel.
7113145.
ab 20.00: Barbetrieb im Chaotikum.
21.00: "Hollywood von hinten", die neue a-ca-
pella Trash-Show mit den Single Belles.

SO 27.9.98
11.00: Frauenstadtrundgang: "Wenn Gleiche
nicht gleich sind - Zugerinnen und Zuger auf dem
Weg zum Bundesstaat 1798-1848".
Vorverkauf: Ticketeria, ZKB. Treff: Landsgemein-
deplatz.
11.00: Freestyle Dancing
Achtung: Findet im ref. Kirchgemeindehaus in
Baar statt.
Anmeldung erwünscht: Gassenarbeit, Tel.
7113145.
ab 11.00: Brunch à discrétion im Chaotikum.
14.00: Henna Tatoos



AZB 6304 Zug

Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

